

Amer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbestellen bis Donnerstag abends. — Einheitswert wertmäßig. Preis pro Jahrgang Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen für die Anzeigen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbestellen bis Donnerstag abends. — Einheitswert wertmäßig. Preis pro Jahrgang Nr. 23.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 170

Sonnabend, den 24. Juli 1926

21. Jahrgang

Poincares Bemühungen.

Fortführung der Sacornopolitik.

Paris, 22. Juli. Nachdem Poincaré heute abend dem Präsidenten der Republik über den Stand seiner Beratungen Bericht erstattet hatte, erklärte er den Vertretern der Presse, er habe seine Beratungen beendet. Morgen werde er seine Vorschläge für die Zusammensetzung des Kabinetts machen. Seine Entscheidung werde er morgen vormittag treffen. Poincaré hat im Laufe des Tages Barthou, Briand und Albert Sarraut empfangen.

Ueber die Stellungnahme der parlamentarischen Kreise zu den Bemühungen Poincares um die Kabinettsbildung, berichtet Habas aus den Wandelgängen der Kammer: Eine ziemlich große Zahl von Parlamentariern der Mitte und der Rechten stimmen trotz ihrer persönlichen Sympathie für Poincaré mit den Abgeordneten der Linken in dem Wunsche überein, daß Poincaré zwar die hervorragendste Persönlichkeit des kommenden Ministeriums werde, daß ihm jedoch ein Politiker als Ministerpräsident zur Seite stehen soll, der an den letzten Kabinettskämpfen nicht beteiligt gewesen sei. Die Radikalen sind außerdem der Meinung, daß

die Außenpolitik Frankreichs

die Richtung behalten müsse, die ihr Herrlot und dann Briand in Sacorné gegeben hätten, insbesondere in dem Augenblick, wo Frankreich mit Amerika Abkommen abzuschließen habe.

Um den von den radikalen Abgeordneten geäußerten Besorgnissen zu begegnen, scheint Poincaré gewillt zu sein, den Vorkandidaten in dem von ihm beabsichtigten Ministerium der nationalen Einheit eine weitgehende Vertretung zu gewähren. Deshalb hat er sich sofort die Unterstützung Briands als Minister des Auswärtigen sowie die Mitarbeit Barthous gesichert. Außerdem hat er sich bemüht, Albert Sarraut für sein Kabinett zu gewinnen. Sollte ihm das gelingen, so wäre ein entscheidender Fortschritt in den Verhandlungen zur Kabinettsbildung eingetreten und die Zusammensetzung des neuen Kabinetts könnte dann im Laufe des morgigen Tages fertig gestellt werden.

Die Straßendemonstrationen in Paris.

Paris, 22. Juli. Die Agentur Habas verbreitet heute vormittag eine Darstellung der Straßendemonstrationen, die sich gestern abend kurz vor Beendigung der Kammer Sitzung ereignet haben. Bei Eintritt der Nacht stießen etwa 1000 Personen vor dem Kammergebäude aufgeregte Klufe aus:

„Nieder mit Herrlot! Auslösung!“

Auch wurde geschrien. Sobald die Nachricht vom dem Sturze des Ministeriums bekannt wurde, verdoppelten sich die Kundgebungen gegen Herrlot und die Parlamentarier. Es wurden Klufe laut:

„Daunjugen!“, „Nieder machen!“

Abgeordnete, die die Kammer verließen, hatten, von diesen Kundgebungen überrascht, eiligst wieder kehrt gemacht. Die immer größer werdende Menge der Manifestanten habe dann gerufen:

„Poincaré! Poincaré!“

und Maginot und Franklin Bouillon Ovationen bezaehlet, die kommunistischen Abgeordneten Baillant, Couturier und Cachin seien dagegen mit Pfuirufen empfangen worden. Couturier habe sogar einen Stockhieb auf den Hut erhalten. Darauf hätten sich die Kundgebungen der Menge nicht beschränkt, neue Pfuirufe seien ertönt, als ein Kraftwagen mit Touristen vorbeigekommen sei. Einer der Manifestanten sei auf das Trittbrett des Wagens gestiegen und habe die Insassen mit Schlägen bedroht. Er sei festgenommen worden und ebenso ein anderer Manifestant wegen aufrührerischer Reden. Gegen 10.45 Uhr seien der Polizeipräsident und die Direktoren der Polizei eingetroffen. Gegen 11 Uhr habe berittene Polizei den Platz gesäubert. Die Menge habe jedoch Widerstand geleistet. Einige Großkanonen seien zu verzeichnen. Die Manifestanten hätten Wagen angehalten, in denen sie Abgeordnete vermurksten, und erst, als der Regen eingesetzt habe, seien sie davongegangen. Eine stärkere Abstellung von Teilnehmern an diesen

Kundgebungen habe sich vor dem Hofsee begeben. Als der Wagen Herrlots, der dem Präsidenten der Republik seine Demission überreichen wollte, vorbeigekommen sei, seien die Pfuirufe und die Pfiffe wieder ertönt. Der Ordnungsdienst habe die Zugänge zum Hofsee und zum Ministerium des Inneren schnell räumen lassen. Am Mittwochabend sei der Ordnungsdienst aufgehoben worden. Einige der vorgenommenen Verhaftungen seien aufrecht erhalten worden.

Die Pressstimmen zum Sturze Herrlots.

Paris, 22. Juli. Zum Sturz des Kabinetts Herrlot schreibt „Le Temps“: Das Kabinett Herrlot war aus einem Mißgeschick heraus geboren, es hat sich in Zuständen gewunden, es ist unter allgemeiner Entrüstung zusammengebrochen. Es glich jenen bösen Geistern der arabischen Erzählungen, die auf eine schädliche Zauberformel hin aufstehen, eine künstliche Form haben, eine wesenlose Existenz führen, einen Augenblick die Atmosphäre mit ählichen Gerüchen vergiften und dann wie ein Rauchschiffchen verschwinden. Selten ist eine Sitzung der Kammer so inhaltslos gewesen wie die gestrige, selten war eine „Einrichtung“ so vollständig. Herrlot, dessen Einbildung sich gern mit den Phantomen von Gegnern, die ihn verleumdete, befaßt, sah sich nur Kollegen gegenüber, die über ihn urteilten, und die mit umgekehrtem Raumen gegen den aus der Fassung geratenen Gladiateur das Todesurteil sprachen. Dieser Mann, der sich am Wort berauscht, der leicht übertreibt und den Tumult liebt, verschwand unter eifigen Schwellen. — „Paris Soir“ schreibt: Herrlot ist aufrecht stehend gefallen. Indem er seine Ideen verteidigte. Er hatte ein beneidenswertes Los. Er wird seinen Platz als Agitator und als Parteiführer wieder einnehmen. In diesem Bande wird früher oder später die politische Lächerlichkeit schließlich doch stets über Intrigen und Lügen siegen. Die Kammer hat ihn gestürzt und damit gleichzeitig für diese Session jeden Versuch, das Karren der Linken wieder aufzurichten, zunichte gemacht. Für eine Politik neuerlicher Gerechtigkeit gibt es in der gegenwärtigen Kammer nur keine Minderheit. Selbst wenn zu den 237 Stimmen, die das kurzlebige Kabinett Herrlot erhalten hat, die 28 Kommunisten hinzukämen, würde nichts geändert. Das ist die Feststellung der Tatsache, daß eine Minderheit nicht mehr besteht. Unter diesen Umständen steht der Berufung Poincares wirklich nichts im Wege. — „Intransigent“ spricht von dem Sturz des „berühmtesten Mannes“, tadelt aber gleichzeitig die „unfähigen Schwächer, die in der Kammer ihre kleinen Klubleben führen“, die sie nicht, sagt das Blatt, die Stunde gekommen, zu verschwinden, denn sie sind Urheber der beiden Frankreichs. Man fordere von ihnen, daß sie schweigend davongehen.

Die Ansicht Amerikas.

Neuhort, 22. Juli. Der Leitartikel der „World“ erwähnt in Besprechung der Tumulte in St. Sulpice die amerikanischen Touristen zur Minderheitsnahme auf die französische Stimmung. Die „Times“ sagt, die allgemeine Hoffnung lege darin, daß das französische Volk aus den Erfahrungen der letzten Tage die Notwendigkeit der sofortigen Frankens-Stabilisierung eingesehen habe. Die Hilfe fremder Zentralbanken und der Kredit des Auslandes dürfe nicht aus einem sinnlosen Statistennaschspiel abgesehen werden. Wie „Associated Press“ aus Washington meldet, herrscht in amerikanischen Regierungskreisen Mißgefühl mit den finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs, das freilich durch die raschen Kabinettswechsel beeinträchtigt werde. Man deutet auch an, daß Frankreich dahin benachrichtigt sei, daß die amerikanische Regierung Kredite Frankreichs in Amerika solange nicht gutheißen werde, als die Stabilisierung des amerikanischen-französischen Schuldvertrages im französischen Parlament nicht ausgesprochen werde. Der stellvertretende Schatzsekretär Winston verwies auf das Programm der Finanzsachverständigen als den einzigen Ausweg und als das einzige Mittel zur Stabilisierung des Frankens.

Dr. Lütger reist nach Südamerika.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Lütger wird am 24. Juli eine Reise nach Süd- und Mittelamerika antreten, so daß er einige Monate von Deutschland abwesend sein wird.

König Ferdinand von Rumänien in Frankreich.

Der König von Rumänien ist Dienstag in Paris eingetroffen. Er wird sich einige Wochen in dem französischen Kurort Bagneles aufhalten.

Eindrücke aus Ostpreußen.

Von Dr. Käst, Reichsminister des Innern.

Es war ein sehr glücklicher Gedanke, daß die Vertreter der Länder im Reichsrat sich dazu entschlossen, einer an sie ergangenen Einladung folgend, sich unmittelbar von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen Ostpreußens zu überzeugen. Nachdem Ostpreußen durch den Gewaltakt von Versailles im Verhältnis zum übrigen Deutschland zwangsweise in eine isolierte Lage gebracht worden ist, muß die innere Verbindung zwischen dem Deutschen Reich und Ostpreußen um so inniger gestaltet werden, und die Entscheidungen über wirtschaftliche und politische Probleme des deutschen Ostens können nur dann richtig getroffen werden, wenn diejenigen, die zu einer solchen Entscheidung berufen sind, aus unmittelbarer Anschauung der Dinge heraus ein eigenes Urteil haben. Das liegt nicht nur im Interesse des deutschen Ostens, sondern im gesamtdeutschen Interesse, denn die wirtschaftliche und politische Bereicherung des deutschen Ostlandes ist von ungeheurem Nachteil nicht nur für die zunächst betroffenen Gebiete, sondern für das ganze Deutschland und insofern ist das deutsche Ostproblem ein deutsches Problem an sich, mit dem Endziel, das Deutschtum im Osten wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig so zu stärken, daß es seine Vormachtstellung behaupten kann.

Ostpreußen ist ein ausgesprochenes Landwirtschaftsgebiet, das zu den stärksten Quellen der deutschen Volksernährung gehört. Auf den 2,8 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche befinden sich 220 000 landwirtschaftliche Betriebe mit über 70 v. D. Bauernwirtschaften. Die hauptsächlichste wirtschaftliche Not der ostpreussischen Landwirtschaft hat ihren wesentlichen Grund darin, daß Ostpreußen von einem der billigsten Erzeugergebiete heute zu einem der teuersten Produktionsgebiete geworden ist, weil der früher vorhandene Ausgleich zu den klimatischen Erschwernungen, der in fruchtlichen Vergünstigungen mancher Art, im billigen Seeverkehr, im ausgedehnten Auslandsverkehr, in bequemer und wohlfeiler Bezugsmöglichkeit landwirtschaftlicher Bedarfsstoffe usw. vorhanden war, nach dem gewaltsamen Eingriff in die Struktur des deutschen Ostens nicht mehr gegeben ist. Die deutsche Landwirtschaft bemüht sich, in Ostpreußen in plammäßiger und kraftvoller Arbeit ihre Produktion zu verbessern, aber es ist eine unbedingte Notwendigkeit, daß ihr vom Reich her dabei geholfen wird. Die Probleme, die sich nach dieser Richtung hin ergeben, sind solche kreditwirtschaftlicher und tarifpolitischer Natur. Leider zeigt sich in Deutschland gegenüber Ostpreußen eine starke Neigung zur Kreislaufhaltung; das Gegenteil ist aber das richtige und gebotene.

Wie für die Landwirtschaft, so haben sich auch für Handel, Industrie und Gewerbe die Verhältnisse außerordentlich schwierig gestaltet. In keinem anderen deutschen Lande bestehen so enge Wechselbeziehungen zwischen der Landwirtschaft, der industriellen und gewerblichen Produktion wie in Ostpreußen, und es wirken sich deshalb die Erschwernungen, unter denen die landwirtschaftliche Produktion leidet, ganz besonders stark auf die übrige Wirtschaft aus. Hierzu kommt, daß der ostpreussische Handel stark abhängig war von den wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland. Diese Beziehungen sind durch die Entwicklung nach Versailles auf das schwerste zerstört, vor allem dadurch, daß die sogenannten Randstaaten sich als hemmender Block zwischen Deutschland und Rußland eingeschoben. Auch Industrie, Handel und Gewerbe gerät daher in Gefahr, durch ausbreitenden und wohlfeilen Kredit zu helfen. Wesentlich noch erscheint es aber, daß durch unmittelbare Vergütung von Aufträgen durch das Reich und Staat die Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftszweiges erhalten wird. Selbstverständlich müssen auch Güter- und Personenverkehr der besonderen Verhältnisse Ostpreußens Rechnung tragen.

Neben den wirtschaftlichen Fragen verdient die ostpreussische Kulturfrage die aufmerksamste Würdigung der zuständigen Stellen in Reich und Staat. Kulturell gesehen, ist Ostpreußen eine starke Stütze des Deutschtums. Auch das masureische Volk fühlt sich innerlich zu dem Deutschtum hingezogen. Dieser Annäherungsprozess wird umso sicherer und gründlicher vor sich gehen, je stärker man die materiellen Lebensbedingungen der Masuren fördert, und je großzügiger man das Schulwesen in diesem Gebiete entwickelt. Die Initiative deutscher Kultur: Volksschule, Fachschule, höhere Schule und Universität müssen gerade in Ostpreußen so musterhaftig ausgebaut sein, daß sie eine dauernde Befruchtung für die geistige Kultur des Gebietes bedeuten. Aus eigener Kraft vermag Ostpreußen das, was hierzu notwendig ist, naturgemäß nicht zu leisten, sondern es braucht auch hierzu die nachhaltige Hilfe von Reich und Staat.

Es nachhaltiger sich im übrigen Deutschland die Erkenntnis durchsetzt, daß Ostpreußen eine sich ihres Deutschtums mit Stolz bewußte Bevölkerung hat, die um ihr wirtschaftliches Dasein ringt, umso bereitwilliger wird die Hilfe geleistet werden, die dieses umschlossene Land für seinen Selbsthaltungskampf braucht.

Die rote Fahne auf 14 Tage verboten.

Berlin, 22. Juli. Die „rote Fahne“ ist wegen Verstoßes eines den Reichspräsidenten beleidigenden Gedichtes auf 14 Tage verboten worden. Die kommunistische Zeitschrift „Der Knüttel“, aus der die „rote Fahne“ das Gedicht übernommen hatte, wurde auf drei Monate verboten.